

FUTURE

Informationsnetzwerk Wissenschaft & Politik

März 2003

Editorial

Zu Unmöglichem gezwungen

Im November 2002 hat der Bundesrat in der Botschaft über die Förderung von Bildung, Forschung und Technologie (BFT-Botschaft) für die Jahre 2004–2007 ein jährliches Wachstum der Mittel um sechs Prozent vorgeschlagen. Die Reaktionen fielen positiv aus. Jetzt aber sieht die Situation wegen der Kreditsperre und der Schieflage der Bundesfinanzen ganz anders aus. Es gibt keinen Ausweg: Wir sind zu Unmöglichem gezwungen.

Einerseits wird das Jahresbudget im Durchschnitt um maximal fünf Prozent steigen, deutlich weniger als die vom Parlament geforderten 6,5 Prozent. Viel weniger auch als die vom Hochschulbereich erwünschten zehn Prozent, die nötig wären, um den massiven Rückgang während der Neunzigerjahre wettzumachen. Innerhalb eines Jahrzehnts sanken die Ausgaben pro Studierenden um 30 Prozent, im Gegensatz zu den Aufstockungen in allen andern entwickelten Ländern.

Andererseits steigen die Studierendenzahlen stetig an, die internationale Konkurrenz wird immer grösser, die Mobilität der Studierenden und der Hochschulangehörigen nimmt zu, und der Bologna-Prozess kommt ins Rollen. Zusätzlich wird der Bund vermehrt die Universitäten und Fachhochschulen sowie die Forschung und Berufsbildung unterstützen, dies zum Nachteil des ETH-Bereichs, dessen Förderung die eigentliche Hauptaufgabe des Bundes ist.

Wunschdenken! Die 184 Seiten der BFT-Botschaft beschreiben in lyrischer Prosa die neuen Zielsetzungen des Bundesrates für unsere Institutionen im BFT-Bereich. «Mission impossible» könnte dieses literarische Werk heissen.

Es wird Zeit, auf den Boden der Realität zurückzukehren. Wenn der Bund nicht über die Mittel für seine Politik verfügt, muss er Politik mit seinen Mitteln betreiben. Das bedeutet: Besser neue Prioritäten setzen, statt sich der Illusion hingeben, mit weniger mehr machen zu können!

Jacques Neirynek, Nationalrat
Mitglied Team Future

■ Die «Bologna-Deklaration» prägt schrittweise die Schweizer Hochschullandschaft

Die Schweizer Hochschulen vereinheitlichen die Strukturen in der Lehre

Die Bologna-Deklaration ist 1999 von 29 europäischen Staaten unterzeichnet worden, so auch von der Schweiz. Sie leitet einen Harmonisierungsprozess in der gesamten tertiären Bildungsstufe ein: Gemeinsam erneuern die Universitäten, die Eidgenössischen Technischen Hochschulen (ETH) und die Fachhochschulen ihre Studienpläne schrittweise im Sinne der Bologna-Deklaration.

Ein ausbaufähiges und international kompatibles System

Schematisch sieht die Bologna-Reform zwei Stufen für die universitären Studiengänge vor: Den *Bachelor* (Maturität + drei Jahre Studium) und den *Master* (Bachelor + zwei Jahre Studium). Diese zwei Stufen ersetzen das traditionelle *Lizentiat*, das vier bis fünf Jahre dauerte. Dank der Modularisierung und der Einführung des Kreditpunktesystems (ein Kreditpunkt entspricht einer Studienleistung, die in 30 Arbeitsstunden erbracht werden kann) bleibt die neue Studiendauer dennoch flexibel. Die Module und Kreditpunkte lassen den Studierenden freien Spielraum bei der Gestaltung des Studiums: Sie erleichtern die Mobilität und erlauben die freie Wahl des Angebots an der eigenen Hochschule wie auch innerhalb der Schweiz und auf internationaler Ebene.

Vielfältiges Angebot

Bologna bedeutet sowohl für die Dozierenden als auch für die Studierenden eine grundlegende Studienreform mit folgenden Hauptzielen: Verbesserung der Qualität der Lehre, Anpassung des Studienangebots an die vielfältigen Wünsche der Studierenden, Förderung der Mobilität, Klärung und Bewertung der Diplomentypen unter Berücksichtigung der Berufsperspektiven, Sichtbarmachen der Lehrprofile der verschiedenen Bildungs- und Forschungsinstitutionen. Auch mit Bologna werden diese ihre Besonderheiten als kantonale Universitäten, ETH oder Fachhochschulen bewahren.

Heikle Themen

Verständlicherweise empfinden Professoren und Studierende diese Anpassung oft als Revolution, da sie heikle Themen berührt: Reform der Studienpläne, interinstitutionelle Koordination zur unmittelbaren Förderung der Mobilität, ein scheinbar einengendes Kreditpunktesystem, die Verlängerung der Studiendauer (und damit eine Kostenzunahme für die Studierenden wie auch für ihre Betreuung), Professionalisierung der Lehre, aufwändigere administrative Abläufe.

Die schweizerischen universitären Instanzen (Schweizerische Universitätskonferenz, Rektorenkonferenz der Schweizer Universitäten, Konferenz der Fachhochschulen der Schweiz, u.a.) unterstützen die Bologna-Reform und haben bereits Richtlinien für die Umsetzung vorbereitet. Dieser Prozess wird sich an allen Hochschulen von diesem Herbst an intensivieren und bis im Jahr 2010 abgeschlossen sein.

Allerdings hegt der Verband der Schweizer Studierendenschaften (VSS) gewisse Befürchtungen: So sieht er im Bologna-Prozess eine *Sparübung* zu Lasten humanistischer Ideale, befürchtet wegen der Verdichtung der Studiengänge die Gefährdung der teilweisen Selbstfinanzierung des Studiums, sieht die Interdisziplinarität und die Freiheit be-

(Fortsetzung auf Seite 2)

züglich Studienwahl beschränkt und die Chancengleichheit behindert. Ein anderer nationaler Zusammenschluss – jener der Studierenden der Universität St. Gallen und beiden ETH in Zürich und Lausanne – unterstützt die Bologna-Reform, will aber deren Umsetzung aufmerksam verfolgen.

Die Reform als Chance

Gemäss Prof. Ulrich Gäbler, Rektor der Universität Basel, der sich am 13. Februar 2003 anlässlich eines nationalen Symposiums in Freiburg zu diesem Thema geäußert hat, nehmen die Universitäten die Bedenken der Studierenden ernst, vor allem jene in Zusammenhang mit dem Stipendienwesen und dem Teilzeitstudium, das Nebenbeschäftigungen zur Finanzierung des Studiums erleichtert. Für Gäbler ist die Reform nur das Mittel zur Verbesserung der Qualität. Dieses für die gesamte akademische Gemeinschaft entscheidende Ziel könne nur über einen «Pakt» zwischen Dozierenden und Studierenden erreicht werden – indem die neuen

Studienpläne die Qualität der Bildungsangebote sicherstellen und strenge Leistungskontrollen bei allen Beteiligten international wettbewerbsfähige Diplome gewährleisten. Gäbler kommt zum Schluss: «Unsere Hochschulen werden zu Institutionen, wo man lernt und nicht wo man lehrt.»

Weitere Informationen:

www.vss-unes.ch/policy/bologna_02_d.html

www.crus.ch/deutsch/lehre/bologna/index.htm

www.cus.ch

www.edk.ch

SMS

Universität Freiburg – neuer Rektor

Urs Altermatt wird neuer Rektor der Universität Freiburg während der Amtsperiode 2003–2007. Als profunder Kenner der neusten Schweizer Geschichte, als Publizist und Kulturvermittler zwischen Ost- und Westeuropa, hat sich Altermatt einen nationalen und internationalen Namen gemacht. Er wird am 15. März 2003 die Nachfolge von Rektor Paul-Henri Steinauer antreten.

Universität Genf – neuer Rektor

Der Staatsrat von Genf hat André Hurst, Professor und ehemaliger Dekan der Philosophisch-Historischen Fakultät, für die Amtsperiode vom 15. Juli 2003 bis 14. Juli 2007 zum neuen Rektor der Universität Genf ernannt. Er wird die Nachfolge von Professor Maurice Bourquin antreten.

Weitere Informationen:

www.unige.ch/presse/communique/02-03/0226hurst.html

Schweizer Talente im Ausland – schwierige Rückkehr

Vielen Schweizer Forschenden im Ausland stehen bei der Heimkehr hauptsächlich mangelnde berufliche Perspektiven im Wege. Dies zeigt die Studie «Schweizer Wissenschaftler in den USA» der Gebert RUF Stiftung. Ein weiteres Problem sei die schrittweise Entfremdung von der Schweiz und der Abbruch der Kontakte. Um die Informationsstrukturen nachhaltig zu verbessern, wurde vor kurzem die Internetplattform www.swissbrains.ch aufgeschaltet. Sie ist Teilprojekt des «Rebrain-Programms», das im April 2002 von der Gebert RUF Stiftung lanciert worden ist und rückkehrwilligen Forschenden auf breiter Basis Unterstützung bietet.

Weitere Informationen: www.grstiftung.ch; www.swissbrains.ch

Uni Zürich und Bern – gemeinsamer Studiengang

Am 27. Januar 2003 stimmte der Universitätsrat der Fusion der Veterinärmedizinischen Fakultäten von Zürich und Bern zu. Bereits im Oktober startet «Vetsuisse» an beiden Standorten mit einem gemeinsamen Studienplan.

Weitere Informationen:

www.unipublic.unizh.ch/magazin/gesundheit/2003/0747/

Schweizerische Universitätskonferenz – neue Präsidentin

Die Schweizerische Universitätskonferenz (SUK) wird in den Jahren 2003 und 2004 von der Genfer Staatsrätin Martine Brunschwig Graf präsidiert. Staatssekretär Charles Kleiber amtiert in diesen beiden Jahren als Vizepräsident. Bis 31. März 2003 übernimmt der Zürcher Bildungsdirektor Ernst Buschor vertretungsweise den Vorsitz.

Die Rektoren der universitären Hochschulen machen sich Sorgen

Alle Universitäten bereiten die grossen Umstellungen gemäss ihren eigenen Verfahren und dementsprechenden Zeitplänen vor. Nach den ersten Erfahrungen in den Jahren 2002 und 2003 ist zu erwarten, dass zum Studienbeginn 2004 zahlreiche Bachelorstudiengänge starten können. Bis spätestens Ende 2005 werden die Universitäten nicht nur die für die Neustrukturierung der Studien erforderlichen Reglemente, sondern auch die nach Fächern detaillierten Einführungspläne verabschieden. Die Umsetzung der neuen Strukturen in sämtlichen Studiengängen aller Universitäten wird spätestens 2010 abgeschlossen sein.

Die gesamte analytische und konzeptuelle Arbeit, die für den Übergang zu den neuen gestaffelten Studiengängen (Bachelor und Master) notwendig ist, wird in den grossen Bereichen der Geistes- und Sozialwissenschaften keine Verbesserung bewirken, solange die Betreuungssituation derart schlecht ist. Zudem müssen die sozialen Rahmenbedingungen für die Studierenden (Stipendien, Chancengleichheit und Möglichkeiten für Teilzeitstudien) den veränderten Anforderungen gerecht werden.

Die einmaligen Kosten für die Einführung der neuen Studienstrukturen werden auf 50 Mio. Franken geschätzt, die zusätzlichen Betriebskosten für alle Universitäten zusammen könnten sich auf jährlich 250 Mio. Franken belaufen. Im akademischen Bereich werden eine Erhöhung der Studierendenzahlen wegen der Verlängerung der Studienzzeit an gewissen Universitäten sowie die Schaffung zusätzlicher Angebote (und die Bereitstellung der dafür notwendigen Kapazitäten) weitere 160 Mio. Franken erfordern. Für den administrativen Aufwand – insbesondere die Verwaltung der Credits sowie die Organisation und Koordination der zusätzlichen Prüfungen – werden 20 Mio. Franken veranschlagt, für zusätzliche Räume ebenfalls 20 Mio. Franken und für verschiedene Massnahmen 50 Mio. Franken.

Die Bolognareform – eine grundlegende Reform, die übrigens auch als das Kooperationsprojekt der schweizerischen Universitäten anzusehen ist und diesen die Chance bietet, auf hohem Qualitätsniveau eigene Profile der universitären Lehre zu entwickeln – lässt sich weder überall und nach dem vorgesehenen Zeitplan, noch entsprechend den vereinbarten Anforderungen realisieren, wenn Bund und Kantone nicht insgesamt die Finanzierung des Mehraufwandes sowohl für die Einführung des neuen Systems wie auch für dessen weiteres Funktionieren sichern. Leider ist die Abdeckung dieses Finanzbedarfs in der BFT-Botschaft 2004–2007 nicht berücksichtigt.

Mathias Stauffacher, stauffacher@crus.ch

■ Wissenschaft und Technologie

Die Schweiz verliert an Boden

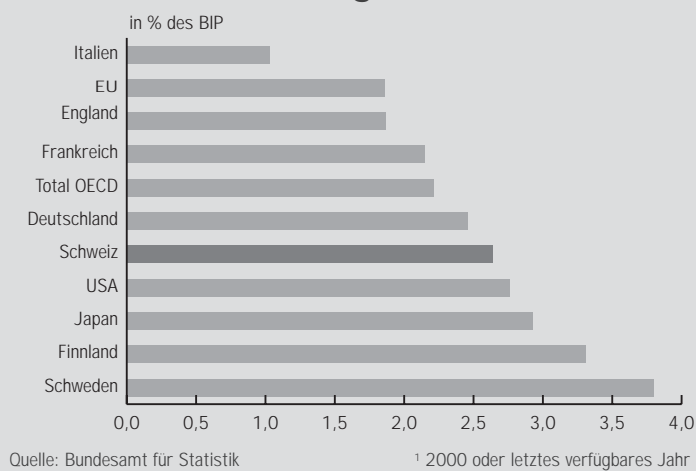
Die Schweiz hat im Bereich Wissenschaft und Technologie nach wie vor einen Spitzenplatz inne, verliert aber gegenüber dem Ausland an Boden. Ist die schweizerische Wissenschaft und Technologie in der Lage, die Wirtschaft anzukurbeln und die Schweiz unter die Spitze der Länder zu bringen, die auf Wissen setzen? Diese Frage beantwortet das Bundesamt für Statistik (BFS), gestützt auf eine Reihe von Indikatoren zu Wissenschaft und Technologie.

Die Schweiz belegte 1990–2000 punkto Ressourcen für Forschung und Entwicklung (F&E) noch einen der vordersten Plätze unter den OECD-Ländern. Die Aufwendungen für F&E wuchsen in den Neunzigerjahren von 9 auf 10,675 Mrd Franken (2000). Der Anteil dieser Ausgaben am Bruttoinlandprodukt (BIP) verringerte sich aber von 2,73 % (1996) auf 2,64 % (2000). Die Schweiz reduziert also ihr Engagement, während Länder wie die USA (1996: 2,55 Prozent, 2000: 2,76 Prozent), Japan (von 2,77 auf 2,93 Prozent) oder Finnland (von 2,54 auf 3,31 Prozent) ihre Mittel kontinuierlich aufstocken.

Der Anteil der F&E-Ausgaben der Privatwirtschaft wuchs in den Neunzigerjahren leicht von 67,4 auf 69,1 Prozent. Demgegenüber schrumpfte der vom Bund finanzierte Anteil – von 28,4 auf 23,2 Prozent. In kaum einem OECD-Land ist der von der öffentlichen Hand finanzierte Teil der F&E so gering und der von der Privatwirtschaft gedeckte Teil so hoch wie in der Schweiz.

Weitere Informationen: www.science-stat.admin.ch

F&E-Bruttoinlandaufwendungen im internationalen Vergleich, 2000¹



■ Verband der Schweizerischen Hochschulstudierendenschaften

Eine neue Stimme der Studierenden

Die Studierenden haben einen neuen Dachverband. Der Verband der Schweizerischen Hochschulstudierendenschaften (VSH) vertritt 22 000 Studierende der ETH Lausanne (EPFL), der ETH Zürich (ETHZ) und der Universität St. Gallen. Die neue Dachorganisation will dem Verband der Schweizer Studierendenschaften (VSS), der 70 000 Studierende zusammenfasst, keine Konkurrenz machen. Sie präsentiert sich als Alternative – «weniger dogmatisch, weniger konfrontativ und flexibler», wie Alexandre Aellig, der frisch gewählte Präsident des VSH, gegenüber der Presse erklärte.

Die Zusammenarbeit zwischen den Studierenden der EPFL, der ETHZ und der Universität St. Gallen reicht schon mehrere Jahre zurück. Die Gründung des VSH bringt den Willen zum Ausdruck, «aktiv, offen und engagiert» an den Entscheidungsprozessen im Hochschulwesen mitzuwirken. Der VSH sieht sich als «Plattform für einen Austausch zwischen Studierenden, Gesellschaft, Politik und Wirtschaft». Er will sich insbesondere auf die Problematik der Umsetzung der Bologna-Erklärung konzentrieren, die eine Harmonisierung der Hochschulstudiengänge in Europa anstrebt.

Der VSH wird neuen Mitgliedern von universitären Hochschulen und Fachhochschulen offen stehen, «sobald er sich etabliert und unter Beweis gestellt hat.»

Weitere Informationen: www.aes-vsh.ch

■ Universitäre Hochschulen

Immer mehr Bundesgelder für die Kantone

Im Jahr 2001 wendeten die universitären Hochschulen 4,36 Mrd Franken zur Deckung der laufenden Kosten auf. Im Vorjahr beliefen sich diese Ausgaben auf 4,1 Mrd Franken – gemäss dem Bundesamt für Statistik (BFS). Der Bund, unter anderem der Nationalfonds und die Kommission für Technologie und Innovation, ist hierbei ein wichtiger Geldgeber (44 % des Budgets der kantonalen Universitäten, 92 % respektive 93 % der zwei Eidgenössischen Technischen Hochschulen Lausanne und Zürich). Die Kantone beteiligten sich mit 41 %, 15 % stammen aus übrigen Drittmitteln.

Weitere Informationen:

www.statistik.admin.ch/news/pm/2001/0350-0111-30.pdf

■ Fachhochschulen

Planungsstart für Bachelor und Master

Die universitären Hochschulen sind dabei, das Master- und Bachelorsystem gemäss Bologna-Erklärung einzuführen, damit die Studiengänge bis 2010 Europa-kompatibel sind. Dieses System soll auch an den Fachhochschulen angewendet werden. Der Fachhochschulrat der Schweizerischen Konferenz der kantonalen Erziehungsdirektoren (EDK) hat jetzt grünes Licht für die Planungsphase gegeben und die dafür notwendigen Leitplanken definiert, wie die EDK in einer Medienmitteilung bekannt gab.

An den Fachhochschulen werden heute mehrheitlich dreijährige Studien angeboten, was dem Bachelorstudium entspricht. In welchen Studienbereichen zusätzlich eineinhalb bis zweijährige Master-Programme entwickelt werden sollen, ist noch offen.

Bei den kantonal geregelten Studiengängen sind die rechtlichen Voraussetzungen für den Vollzug der Bologna-Reform gegeben. Auf Bundesebene sollen die Rechtsgrundlagen mit der in Vernehmlassung befindlichen Teilrevision des Fachhochschulgesetzes geschaffen werden.

Impressum

Netzwerk *Future*
Thunstrasse 7, 3005 Bern
Tel. 031 356 53 63, Fax 031 356 53 50
info@futureteam.info

© Wiederverwendung der Artikel unter Quellenangabe erlaubt

FUTURE

Informationsnetzwerk Wissenschaft & Politik

mars 2003

Editorial

Condamnés à l'impossible

En novembre 2003, le Message du Conseil fédéral sur la formation, la recherche et la technologie (FRT) pour la période 2004–2007 proposait un accroissement moyen de 6 % des moyens. Les réactions ont été positives. Mais aujourd'hui, le blocage des crédits et la situation des finances fédérales changent complètement la donne. Il n'y a plus d'alternative: nous sommes condamnés à l'impossible.

D'une part, les budgets annuels augmenteront, en moyenne générale, au maximum de 5 %, bien moins que les 6,5 % demandés par les parlementaires. Bien moins encore que le souhait du monde universitaire qui estimait à 10 % la croissance nécessaire pour rattraper l'effarante diminution des années 90: en une décennie, une réduction des dépenses de 30 % par étudiant, à rebours de ce qui se passait dans tous les pays développés.

D'autre part, le nombre des étudiants ne cessera de croître, la concurrence internationale se fera de plus en plus vive, la mobilité des étudiants et du personnel devra progresser, le processus de Bologne sera engagé. De plus, la Confédération s'engagera davantage dans le soutien aux universités qu'aux EPF – qui lui sont pourtant propres – ainsi qu'aux HES, à la recherche et à la formation professionnelle.

Que de vœux pieux! Le Message FRT 2004–2007 comprend 184 pages de prose lyrique décrivant tous les objectifs nouveaux fixés par le Conseil fédéral à nos institutions du domaine FRT. On pourrait intituler ce morceau de littérature: mission impossible.

Il serait temps de remettre les pieds sur terre. Si la Confédération n'a pas les moyens de sa politique, elle doit alors faire la politique de ses moyens. Cela signifie choisir des priorités plutôt que se duper soi-même en s'imaginant que l'on fera plus avec moins.

Jacques Neiryck, conseiller national
membre Team Future

■ La «Déclaration de Bologne» imprègne progressivement la formation en Suisse

Les hautes écoles suisses adoptent une structure cohérente de la formation

La Déclaration de Bologne – signée en 1999 par 29 Etats européens, dont la Suisse – engage un processus d'adaptation cohérent de l'ensemble des systèmes de formation tertiaire. Les universités, les écoles polytechniques fédérales et les hautes écoles spécialisées renouvellent progressivement et ensemble leurs plans d'études selon la Déclaration de Bologne.

Un système modulable et mondialement compatible

Schématiquement, le processus de Bologne prévoit la création de deux «phases» dans les cursus universitaires: le *Bachelor* (Baccalauréat + 3 ans d'études) et le *Master* (Bachelor + 2 ans d'études) qui remplaceront la traditionnelle *Licence* dont la durée était de 4 à 5 ans. Les nouvelles durées seront toutefois flexibles grâce à la modularisation et à l'introduction du système des crédits (1 crédit = prestation d'études qui peut être effectuée en 30 heures de travail). Les modules et les crédits offrent de la souplesse dans l'accomplissement des études; ils renforcent aussi les possibilités de mobilité et de choix entre les filières ainsi qu'entre les institutions de formation en Suisse et au niveau international.

Une offre diversifiée

Pour les enseignants comme pour les étudiants, il s'agit d'une réorganisation fondamentale dont les objectifs affichés sont notamment: amélioration de la qualité de la formation, offre de formation adaptée aux demandes diversifiées des étudiants, accroissement des possibilités de mobilité, clarification et valorisation des types de diplômes en fonction des perspectives professionnelles, mise en évidence des profils éducatifs des différentes institutions de formation et de recherche. De facto, celles-ci conserveront donc leur spécificité, qu'elles soient universités cantonales, écoles polytechniques fédérales ou hautes écoles spécialisées.

Des points sensibles

Certes, cette adaptation est souvent perçue comme une révolution par des professeurs comme par des étudiants car elle touche des points sensibles: réformes de plans d'études, coordinations interinstitutionnelles pour renforcer la mobilité immédiate, système des crédits apparemment contraignant, accroissement de la longueur des études (et donc des coûts pour les étudiants comme pour l'encadrement pédagogique), professionnalisation de la formation, alourdissement des procédures administratives.

Les instances universitaires suisses (Conférence universitaire suisse, Conférence des recteurs et des présidents des hautes écoles universitaires, Conférence des hautes écoles spécialisées, entre autres) sont favorables à la Déclaration de Bologne et ont déjà préparé des Directives pour sa mise en œuvre. D'ailleurs, dans toutes les hautes écoles, le processus est engagé avec des mises en pratique qui s'intensifieront dès cet automne et qui seront terminées en 2010.

Mais il existe des points de désaccord certains en provenance notamment de l'Union nationale des étudiants suisses (UNES) qui voit, dans le processus de Bologne, une *écono-*

(Suite en page 2)

misation de la formation au détriment des idéaux humanistes, l'apparition de difficultés d'autofinancement partiel des études au vu de la densification des cursus, une limitation de l'interdisciplinarité et de la liberté de choix des études, une entrave à la politique de l'égalité des chances. Une autre association nationale d'étudiants regroupant les étudiants de Saint-Gall et des EPF de Zurich et de Lausanne est favorable à la Déclaration de Bologne, mais souhaite suivre avec attention sa mise en œuvre.

Des chances à saisir

Selon Ulrich Gäbler, professeur et recteur de l'Université de Bâle, qui s'exprimait dans un symposium national sur ce sujet à Fribourg le 13 février 2003, les universités prennent très au sérieux les préoccupations des étudiants, notamment celles touchant le régime des bourses et celles relatives aux études à temps partiel, facilitant dans de nombreux cas le financement des études par des activités annexes. Pour lui, la réforme de

la formation n'est qu'un moyen, l'objectif étant l'amélioration de la qualité. Et cet objectif – essentiel pour la communauté académique dans son ensemble – ne peut que passer par un «Pacte» entre enseignants et étudiants pour que ces nouveaux plans d'études certifient la qualité des formations offertes et garantissent – par des contrôles sérieux des prestations de tous les partenaires – des diplômes compétitifs au niveau international. Et le recteur Gäbler de conclure: «Nos hautes écoles deviendront des institutions où l'on apprend au lieu d'être des institutions où l'on enseigne».

Informations complémentaires:

www.vss-unes.ch/policy/bologna_02_f.html

www.crus.ch/franz/lehre/bologna/index.htm

www.cus.ch

www.edk.ch

SMS

■ Université de Fribourg – nouveau recteur

Urs Altermatt sera le prochain recteur de l'Université de Fribourg pour la période administrative 2003–2007. Il a acquis une renommée nationale et internationale en tant que spécialiste de l'histoire suisse contemporaine, en tant qu'auteur de nombreuses publications et médiateur culturel entre l'Europe de l'Est et l'Europe de l'Ouest. Il succèdera le 15 mars 2003 au professeur Paul-Henri Steinauer.

■ Université de Genève – nouveau recteur

Le Conseil d'Etat a nommé André Hurst, professeur et ancien doyen de la Faculté des lettres, au poste de recteur de l'Université de Genève pour la période du 15 juillet 2003 au 14 juillet 2007. Il succèdera au professeur Maurice Bourquin.

Informations complémentaires:

www.unige.ch/presse/communiqu/02-03/0226hurst.html

■ Cerveaux suisses à l'étranger – dur retour au pays

L'obstacle principal au retour de nombreux chercheurs suisses au pays est le manque de perspectives professionnelles. Telle est la conclusion d'une étude de la fondation Gerbert Rûf intitulée «Les scientifiques suisses aux Etats-Unis». Le détachement progressif du pays d'origine ainsi que la rupture des contacts constituent des obstacles supplémentaires. Améliorer les structures d'information est une nécessité; il y a quelque temps a été inaugurée la plate-forme Internet www.swissbrains.ch. Elle fait partie du programme «Rebrain», lancé en avril 2002 par la fondation Gerbert Rûf et destiné à offrir une aide dans différents domaines aux chercheurs qui veulent rentrer au pays.

Informations complémentaires:

www.grstiftung.ch; www.swissbrains.ch

■ Zurich et Berne – un cursus universitaire commun

Le 27 janvier 2003, le Conseil académique a approuvé la fusion des facultés de médecine vétérinaire de Zurich et de Berne. Le projet «Vetsuisse» sera lancé dès octobre sur les deux sites à partir d'un cursus commun.

Informations complémentaires:

www.unipublic.unizh.ch/magazin/gesundheit/2003/0747/

■ Conférence universitaire suisse – nouvelle présidente

La conseillère d'Etat genevoise, Martine Brunshawig Graf, a été nommée à la présidence de la Conférence universitaire suisse (CUS) pour les années 2003 et 2004. Ernest Buschor, directeur de l'instruction publique à Zurich, assurera l'intérim jusqu'au 31 mars 2003, la vice-présidence revenant pour toute la période au secrétaire d'Etat Charles Kleiber.

Les préoccupations des recteurs des hautes écoles universitaires

Toutes les universités préparent ce changement selon leurs procédures et avec un calendrier approprié. Après les premières expériences en 2002 et 2003, on s'attend à ce qu'à la rentrée 2004 un grand nombre de filières d'études de Bachelor soient déjà au point de départ. Au plus tard avant la fin 2005, les universités adopteront non seulement les règlements nécessaires à la nouvelle structure des filières d'études, mais aussi les plans d'introduction détaillés par branche. La mise en œuvre des nouvelles structures pour l'ensemble des filières d'études de toutes les universités sera achevée au plus tard avant la fin 2010.

Tout le travail analytique et conceptuel impliqué par le passage à de nouvelles filières d'études échelonnées (Bachelor et Master) n'apportera aucune amélioration dans les grands domaines des sciences humaines et sociales aussi longtemps que l'encadrement sera insuffisant. En outre, les conditions sociales de base pour les étudiant-e-s (bourses, égalité des chances, possibilité d'étudier à temps partiel) doivent être adaptées aux nouvelles conditions.

Les coûts uniques d'introduction étant estimés à 50 millions, les surcoûts de fonctionnement pour l'ensemble des universités pourraient atteindre 250 millions par an. Du côté académique, l'augmentation du nombre d'étudiants en raison de l'allongement des études dans certaines universités ainsi que la création d'offres supplémentaires (et des capacités nécessaires au fonctionnement de ces offres) coûteront 160 millions. Pour les coûts administratifs – dont, en particulier, la gestion des crédits ainsi que l'organisation et la coordination des examens supplémentaires –, on prévoit 20 millions, pour les besoins en locaux 20 millions, et pour des mesures diverses 50 millions.

Donc, la réforme de Bologne – réforme fondamentale qu'il faut aussi voir comme le projet de coopération universitaire au niveau suisse et qui offre aux universités la chance de renforcer la qualité de leur propre profil de formation – ne peut être réalisée partout, dans les délais prévus et selon les objectifs retenus, que si le financement des surcoûts, tant pour l'introduction du nouveau système que pour son fonctionnement, est globalement assuré par la Confédération et les cantons. Malheureusement, le Message FRT 2004–2007 ne prend pas en considération la couverture de ces besoins.

Mathias Stauffacher, stauffacher@crus.ch

■ Science et technologie

La Suisse perd du terrain

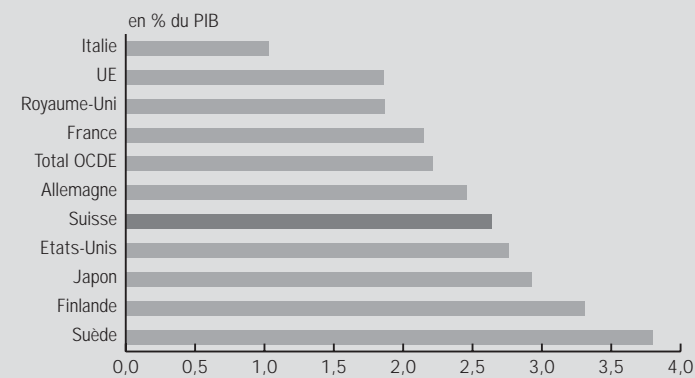
Dans les domaines de la science et de la technologie, la Suisse figure toujours dans le peloton de tête, mais perd du terrain par rapport à l'étranger. La science et la technologie sont-elles en mesure de redonner du tonus à l'économie et de hisser la Suisse au niveau des premiers pays dans le secteur de la science? A l'aide d'une série d'indicateurs scientifiques et technologiques, l'Office fédéral de la statistique s'emploie à répondre à cette question.

Sur le plan de la recherche et du développement (R&D), la Suisse fait partie des premiers pays de l'OCDE. Les dépenses en matières de R&D sont passées de 9 à 10,675 milliards de francs en 2000. La part de ces dépenses dans le PIB a chuté de 2,73 % (1996) à 2,64 % (2000). La Suisse a donc réduit sa contribution à la R&D, alors que d'autres pays, tels les Etats-Unis (1996: 2,55 %, 2000: 2,76 %), le Japon (de 2,77 à 2,93 %) ou la Finlande (de 2,54 à 3,31 %) augmentent constamment les moyens alloués à la science.

La part des dépenses de R&D du secteur privé a augmenté légèrement de 67,4 à 69,1 % dans les années 90. Parallèlement, la part des dépenses de la Confédération a baissé de 28,4 à 23,2 %. Il n'existe presque aucun pays de l'OCDE où la part du secteur public est aussi réduite et la contribution du secteur privé aussi importante qu'en Suisse.

Informations complémentaires: www.science-stat.admin.ch

Dépenses intérieures brutes de R&D, comparaison internationale, 2000¹



Source: Office fédéral de la statistique

¹ 2000 ou année la plus proche

■ Association faïtière des étudiants des hautes écoles suisses

Une nouvelle voix pour représenter les étudiants

Les étudiants ont une nouvelle association faïtière. Forte de 22 000 membres, l'Association faïtière des étudiants des hautes écoles suisses (AES) représente les étudiants de l'Université de Saint-Gall et des deux Ecoles polytechniques fédérales de Lausanne (EPFL) et de Zurich (EPFZ). Son but n'est pas de concurrencer l'Union nationale des étudiants de Suisse (UNES), qui compte 70 000 membres. Elle veut être perçue comme une alternative «moins dogmatique, plus consensuelle et plus souple», a déclaré devant la presse son président nouvellement élu, Alexandre Aellig de l'Ecole polytechnique fédérale de Lausanne.

La collaboration entre les étudiants de l'EPFL, de l'EPFZ et de l'Université de Saint-Gall remonte à plusieurs années. En créant l'AES, les étudiants

souhaitent affirmer leur volonté de prendre part de manière «active, ouverte et engagée» aux processus décisionnels concernant l'enseignement supérieur. Cette association veut servir de «plate-forme d'échanges entre les étudiants, la société, la politique et l'économie». Elle traitera en priorité la problématique de la Déclaration de Bologne, qui vise une harmonisation des études supérieures en Europe.

L'AES s'ouvrira à de nouveaux membres, issus des universités ou des hautes écoles spécialisées, «dès qu'elle aura trouvé ses marques et fait ses preuves».

Informations complémentaires: www.aes-vsh.ch

■ Hautes écoles universitaires

La Confédération aide de plus en plus les cantons

Pour couvrir les charges courantes durant l'exercice 2001, les hautes écoles suisses ont dépensé 4,36 milliards de francs. Cette somme s'élevait à 4,1 milliards l'année précédente, selon les chiffres de l'Office fédéral de la statistique. Une somme que les universités vont chercher en partie dans le porte-monnaie de la Confédération, y compris, entre autres, dans celui du Fonds national et de la Commission pour la technologie et l'innovation (44 % du budget des universités cantonales, 92 et 93 % pour les deux Ecoles polytechniques fédérales de Lausanne et de Zurich). La part cantonale atteint 41 % et les fonds tiers 15 %.

Informations complémentaires:

www.statistik.admin.ch/news/pm/2001/0351-0111-30.pdf

■ Hautes écoles spécialisées

Début de la planification pour les Bachelors et les Masters

Les HES introduiront également dans leurs filières d'études le Bachelor et le Master tels qu'ils sont prévus dans la Déclaration de Bologne, afin que les filières européennes soient compatibles d'ici à 2010. Ce système sera également appliqué aux HES. Le Conseil des HES de la Conférence suisse des directeurs cantonaux de l'instruction publique (CDIP) a donné le feu vert pour la phase de planification et en a posé les jalons, comme l'indique le communiqué de presse de la CDIP.

La majorité des études proposées dans les HES durent actuellement trois ans, ce qui correspond au Bachelor. Les domaines d'études dans lesquels il conviendra de développer en plus des programmes Master d'un an et demi ou de deux ans n'ont pas encore été déterminés.

Dans le domaine des filières d'études actuellement réglementées par les cantons, les bases légales nécessaires à l'exécution planifiée de la réforme de Bologne sont d'ores et déjà données. En ce qui concerne les filières d'études régies sur le plan fédéral, la Confédération entend au contraire créer des bases légales dans le cadre de la révision partielle de la loi sur les hautes écoles spécialisées (texte en consultation).

Impressum

Réseau Future
Thunstrasse 7, 3005 Berne
Tél. 031 356 53 63, Fax 031 356 53 50
info@futureteam.info

© Reprise autorisée avec mention de la source